

Sozialdemokratische Standpunkte zur Kreistagswahl 2014

Der Landkreis Aschaffenburg ist eine lebenswerte und wirtschaftlich starke Region. Er bietet seinen Bewohnerinnen und Bewohnern ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld. Auch bei Besuchern aus Nah und Fern ist unsere Region sehr beliebt. Damit dies auch künftig so bleibt, müssen wir heute schon die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Daher legt die SPD im Landkreis Aschaffenburg einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor. Wir werden uns auch künftig für die Menschen in unserer Region und die Interessen unseres Landkreises stark machen. Hierfür werben wir um jede Stimme.

Verkehr

Ausbau und deutliche Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein wichtiger Garant für die Mobilität in unserer Region. Schnell, zuverlässig, bequem und preiswert – diese Anforderungen stellt die SPD im Landkreis Aschaffenburg an den ÖPNV. Mit dem Neubau des Hauptbahnhofs Aschaffenburg, dem Bau des regionalen Omnibusbahnhofs und der Verhinderung der Privatisierung der Kahlgrund-Verkehrs-Gesellschaft (KVG) wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht. Diesen Weg wollen wir konsequent fortgehen. Deshalb werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Erneute Verhandlungen wegen des Beitritts zum RMV (Rhein-Main-Verkehrsverbund) und zum WVV (Würzburger Verkehrsverbund) mit dem Ziel, dass es möglich wird mit einem Ticket in der ganzen Region die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen zu können. Bislang benötigen tausende Pendler sowie Studentinnen und Studenten neben dem Job- oder Studententicket fürs Rhein-Main-Gebiet, ein zweites Ticket für Stadt und Landkreis Aschaffenburg. Das gleiche gilt für Pendler und Studentinnen und Studenten die täglich nach Würzburg fahren. Der Beitritt zum RMV und zum WVV bringt uns ein einheitliches Ticket bis Frankfurt, Mainz und Würzburg!
- Verbesserung der Verbindung nach Frankfurt: zu den Hauptverkehrszeiten braucht es halbstündliche Züge auf der Strecke Aschaffenburg – Frankfurt.
- Wir sind für den Bau der nordmainischen S-Bahn von Hanau nach Frankfurt am Main. Hierbei ist unser Ziel, dass die Kahlgrundbahn nicht nur bis Hanau fährt, sondern freie Fahrt nach Frankfurt aufnimmt.
- Für den ICE-Halt Aschaffenburg – wir wollen nicht, dass unsere Region abgehängt wird. Gerade auch für Studenten an der Universität Würzburg ist eine schnelle und zuverlässige Verbindung essentiell.

- Weitere Verbesserung der Job-, Studenten-, Schüler-, Seniorentickets, denn ein attraktiver ÖPNV braucht günstige Sondertarife für Vielfahrer.
- Die Fahrpläne von Bus und Bahn in der Region sind überholt und müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Auch akzeptieren wir nicht, dass vor allem gegen Abend viele Haltestellen nur noch im zwei- oder gar dreistunden Takt angefahren werden. So kann der ÖPNV keine attraktive Alternative zum Auto werden. Hier sind innovative Mobilitätskonzepte gefragt. So ist z.B. der Einsatz von Kleinbussen auf Strecken mit geringem Fahrgastaufkommen denkbar.
- Fahrradträger an den Bussen – Bus und Bike. Ob Pendler oder Tagestourist, wer am Zielort mobil sein will, nimmt gern sein Radl mit.
- Benutzerfreundliche und barrierefreie Busse: wir setzen konsequent auf Niederflurbusse und Passagierlifte.
- Errichtung von Lübecker Hochborden an allen Haltestellen.
- Pro Bachgaubahn. Bahnfahren ist wieder in! Der Erfolg der Kahlgrund-Bembel lässt auch die staugeplagten Bachgauer auf schnelle Verbindungen nach Aschaffenburg und weiter nach Frankfurt, Offenbach, Hanau, Darmstadt und Würzburg hoffen. Und mehr Bahnkundinnen und -kunden stärken den Bahnstandort Aschaffenburg.
- Erweiterung des Angebots an Nachtbussen: An den Wochenenden müssen die Nachtbusse künftig bis 3 Uhr fahren, damit der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Auto darstellt.
- Ausbau des Anrufsammeltaxis auch in Gemeinden, die bisher nicht bedient werden. Damit schaffen wir auch in diesen Gemeinden ein attraktives Angebot in den Abend- und Nachtstunden.

Konsequenter Ausbau der Radwege – Umweltschutz braucht Radwege

Radeln ist nicht nur umweltfreundlich und gesund, sondern auf kurzen Strecken dem Auto oftmals auch zeitlich überlegen. Daher werden wir uns auch künftig für einen konsequenten Ausbau der Radwege in unserem Landkreis einsetzen. Auch ist es uns wichtig dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse von Freizeitradlern, ambitionierten Hobby-Radfahrern und Berufspendlern zu berücksichtigen. Daher werden wir sowohl den Ausbau idyllischer Radwege in unserer schönen Region als auch die Erweiterung des Angebots an straßenbegleitenden Radwegen weiter vorantreiben.

Kreisstraßen: Ausbau und Unterhalt

Die gestiegene Verkehrsbelastung und der zunehmende Schwerlastverkehr setzen dem Kreisstraßennetz erheblich zu. Um uns regelmäßig ein Bild vom Zustand unseres Kreisstraßennetzes zu verschaffen, führen die SPD-Kreisrätinnen und Kreiste seit Jahren Kreisstraßenbereisungen durch. Dabei haben wir wiederholt festgestellt: wir

brauchen mehr Gelder für den Unterhalt und Ausbau unserer Kreisstraßen, denn sie sind die Lebensadern unseres Landkreises. Hierfür werden wir im Kreishaushalt die entsprechenden Mittel bereitstellen.

Pendlerparkplätze

Fahrgemeinschaften schonen Umwelt und Geldbeutel gleichermaßen und brauchen Pendlerparkplätze, möglichst verkehrsgünstig an den Hauptverkehrsachsen gelegen. Die schon vorhandenen Pendlerparkplätze sind regelmäßig bis auf den letzten Platz belegt, deshalb sind wir für den Bau von weiteren Pendlerparkplätzen.

Dezentralisierung der KFZ-Zulassungsstellen

Wir haben uns schon in der vergangenen Wahlperiode stark für die Dezentralisierung der KFZ-Zulassungsstellen ausgesprochen. Leider fehlte im Kreistag die Unterstützung der anderen Parteien. Wir werden uns trotzdem dafür stark machen, dass alle Gemeinden, die die gesetzlichen Voraussetzungen dafür erfüllen (Großostheim, Hösbach, Mömbris) einen Antrag auf eine dezentralisierte Zulassungsstelle stellen, damit hier eine erneute Prüfung und Zulassung im Landkreis erfolgt.

Bildung

Gute Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um den Wohlstand in unserer Region auch künftig zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um Schulformen und Lerninhalte, sondern auch um gute Lernbedingungen. Hier kann der Kreis aktiv Einfluss nehmen und die Lernbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler verbessern. Daher werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode besonders für diese Punkte einsetzen:

- Erhalt von wohnortnahen Schulen, z.B. durch die Beteiligung des Landkreises an kreativen Modellversuchen wie der Regionalschule. Wir wollen keinen Schülertourismus, denn unsere Schülerinnen und Schüler gehören in die Schulen nicht in Schulbusse!
- Pro 5. Schulstandort Mömbris/Schöllkrippen. Die Anmeldezahlen für die kreiseigenen Gymnasien und Realschulen steigen immer weiter. Um auch künftig einen guten und motivierenden Schulbetrieb zu gewährleisten und gleichzeitig das wohnortnahe Lernen für Schülerinnen und Schüler aus dem oberen Kahlgrund zu verbessern, werden wir uns für einen fünften Schulstandort in Mömbris oder Schöllkrippen einsetzen.

- Aufbau einer konsequenten Schulsozialarbeit. Der Bedarf an qualifizierter Unterstützung und Beratung wächst stetig. Dem wollen wir mit einer Ausweitung des Angebots an Schulsozialarbeit begegnen.
- Zügiger Ausbau der gebundenen Ganztagsbetreuung an den kreiseigenen Schulen: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählen auch gute Betreuungsmöglichkeiten. Dies gilt auch mit Beginn der Schulpflicht. Daher werden wir den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den kreiseigenen Schulen zügig voranbringen.
- Förderung einer gesunden und bezahlbaren Ernährung in den Schulmensen: Gesunde und abwechslungsreiche Ernährung ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Gesundheit und Entwicklung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch für den Lernerfolg. Daher stellen wir höchste Ansprüche an die Qualität und Ausgewogenheit der in den Schulmensen angebotenen Mahlzeiten.
- Gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD gegen die Privatisierung der Fachakademie für Sozialpädagogik gekämpft. Wir lehnen die Privatisierung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen grundsätzlich ab. Breite und gute Bildung ist Aufgabe des Staates!

Wirtschaftspolitik

Landkreisweite Breitbandversorgung

Die SPD macht sich für ein Kreiskonzept und ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen von Landkreis und Gemeinden stark, damit jeder Kreisbewohner Zugang zu schnellem Telefon- und Datenleitungen bekommt. Unser Ziel: DSL-50.000 in allen Kreisgemeinden bis zum Jahr 2020. Dabei setzen wir uns wo immer möglich nachdrücklich für kabelgebundene Lösungen ein um den Bedenken zu hoher Strahlenbelastung Rechnung zu tragen.

Sparkasse Aschaffenburg/Alzenau

Der Landkreis und die Stadt Aschaffenburg stehen der Sparkasse vor. Die Aufsichtsratsmitglieder müssen dafür Sorge tragen, dass das vorbildliche und landkreisweit bestehende flächendeckende Filialnetz erhalten bleibt.

Finanzen

In den vergangenen sechs Jahren sind wesentliche Investitionsprojekte im Landkreis angestoßen worden. Die SPD hatte den Beschlüssen für diese Maßnahmen, die für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger notwendig sind, zugestimmt. Wir haben dabei aber immer die Finanzen genauestens im Blick gehabt.

Ja, die Verschuldung ist gestiegen, da ohne Kreditaufnahmen die Finanzierung der Projekte für den Landkreis unmöglich gewesen wäre. Ein hoher Schuldenstand ist nicht ohne Risiken für die finanzielle Leistungsfähigkeit, denn aus Kreditaufnahmen folgt die Pflicht der Zahlung von Tilgung und Zinsen. Die bestehenden Verpflichtungen und für die Pflichtaufgaben gebundenen Haushaltsmittel lassen künftig keine großen Sprünge mehr zu. Aber wenn man sieht, was in den letzten sechs Jahren seitens des Landkreises geleistet wurde, sind wir recht zufrieden. So wurde die Berufsschule III erweitert, ein Betriebskindergarten am Klinikum Aschaffenburg eingerichtet, das Schulzentrum Hösbach, die Pestalozzi-Schule und die Dr. Albert-Liebmann-Schule saniert, die Realschule in Großostheim gebaut das Kreiskrankenhaus Wasserlos brandschutztechnisch aufgerüstet und ein neuer OP-Saal eingerichtet sowie zahlreiche überörtliche Feuerwehrgeräte angeschafft um nur einige Beispiele zu nennen. Ebenso wurden eine ganze Reihe größerer Straßenbaumaßnahmen, u.a. in Sailauf, Johannesberg, Heimbuchenthal, Hösbach-Bahnhof und Schöllkrippen durchgeführt.

Die SPD-Kreistagsfraktion steht auch weiterhin für eine solide Finanzpolitik. Positiv ist, dass der Schuldenstand des Landkreises langsam wieder zurückgeht. Für diese Entwicklung setzt sich die SPD-Kreistagsfraktion weiter ein!

Umwelt

Von der Müll- zur Wertstoffpolitik

Trennen, Wiegen, Sammeln von Rohstoffen schont Geldbeutel

Mit der von der SPD angestoßenen Müllverwiegung und Papiertonne wurde unser Landkreis Spitzenreiter beim Rohstoffrecycling. Dank deutlich gesunkener Abfallmengen und hochwertiger Wertstoffsammlungen konnte unsere Müllgebühr auf einen langjährigen Tiefststand abgesenkt werden. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen:

- Einführung einer kreiseigenen Textilsammlung. Denn gebrauchte Textilien sind ein wertvoller Rohstoff. Durch die kreiseigene Sammlung und Verwertung können die Gebührenzahler jährlich um 350.000 Euro entlastet werden.

- Gutschriften für Wertstoffe: Wer Wertstoffe wie Papier, Schuhe, Handys und Metall sammelt und abgeliefert soll auch am Ökoprotit beteiligt werden. Daher werden wir ein Gutschriften-System für Wertstoffe entwickeln.
- Für eine Senkung der Müllgebühren: in den vergangenen drei Jahren wurden den Kreisbürgerinnen und Bürgern vier Millionen Euro zu viel an Müllgebühren abverlangt. Daher werden wir uns – wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode – für eine Senkung der Müllgebühren einsetzen. Die Müllgebühren dienen der Kostendeckung und nicht der Finanzierung des Kreishaushalts auf Kosten der Gebührenzahlerinnen und –zahler.

Für die Regionalisierung der Energieversorgung – der Landkreis muss die Vernetzung der kommunalen Energieversorgung organisieren

Neben den vier Energieriesen können nur die Kommunen ein starkes Energiebündnis schmieden, um den Monopolisten Paroli bieten.

Ziel muss die Energieautarkie unserer Region sein: jährlich werden in unserer Region (Stadt und Kreis Aschaffenburg sowie Landkreis Miltenberg) eine Milliarde Euro für Energie ausgegeben. Der Großteil des Geldes fließt dabei bislang in die Kassen von Scheichs und Staaten mit demokratisch zweifelhaften Regierungen. Und das obwohl die regenerativen Energien unseren Energiebedarf um ein Vielfaches decken können. Deshalb wollen wir unseren Landkreis konsequent zu einer energieautarken Region weiter entwickeln. Prioritär sind für uns dabei insbesondere:

- Ja zur Windkraftnutzung im Kreis: wir werden alle Gemeinden im Landkreis unterstützen, die Windkraft nutzen wollen.
- Nein zu zusätzlichen Hürden, die schon über die zahlreichen gesetzlichen Einschränkungen hinausgehen.
- Unterstützung bei der energetischen Sanierung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir wollen unsere Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger bei der energetischen Sanierung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Daher werden wir für kompetente Beratung und attraktive Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere über die Sparkasse sorgen.

Fluglärm

Weitere Fluglärm-Mess-Stellen im Landkreis waren ein erster Schritt die Fluglärmprobleme anzugehen. Der Landkreis muss sich durch Einschalten von Gutachtern, Flugverkehrsfachleuten und Rechtsexperten aktiv an der Festlegung von

Flugrouten, Flughöhen und Anflug- und Landeverfahren beteiligen, damit der Fluglärm spürbar eingedämmt wird.

Wasser

Wasser gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ist Lebensgrundlage für Menschen und den gesamten Ökokreislauf. Die SPD tritt nachdrücklich und auf allen politischen Ebenen für die Erhaltung der kommunalen und öffentlich-rechtlichen Trinkwasserversorgung ein. Überlegungen zur Privatisierung lehnen wir strikt ab.

- Kommunale Langzeitaufgabe ist daher die Erhaltung und Förderung kommunaler Brunnen.
- Der Spessart, wesentlicher Bestandteil für unseren Ökokreislauf in der Region (u.a. Grundwasserspiegel) muss unter ökologischen Gesichtspunkten gepflegt und erhalten bleiben.
- Waldwirtschaft vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie sie die Bayerische Staatsregierung betreibt, lehnen wir ab.
- Vorsorgemaßnahmen sind zu treffen, um Absenkung des Grundwasserspiegels zu verhindern, d.h. konsequente Anwendung der Eingriffs-Ausgleichs-Regelung (Ausweisung von Ersatzflächen, die durch Bodenversiegelung verloren gehen)
- Unterstützung nachhaltiger und ökologischer Landwirtschaft ist ein wichtiger Beitrag zum Grundwasserschutz.

Gesundheitsversorgung

Rechtsformänderung des Klinikums unter Einbindung des Kreiskrankenhauses Wasserlos

Wir sind stolz auf unsere beiden Krankenhäuser. Sowohl im Klinikum Aschaffenburg als auch im Kreiskrankenhaus Wasserlos leisten die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine hervorragende Arbeit und stellen ihre Arbeit tagtäglich in den Dienst einer medizinisch hochwertigen Gesundheitsversorgung in unserer Region. Und das trotz schwieriger Rahmenbedingungen aus der Bundespolitik. Denn bereits heute ist die Lage vieler Kliniken in Deutschland desolat. In den vergangenen 20 Jahren ist die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland bereits um rund 15% zurückgegangen. Dagegen ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Patienten von 14,6 Millionen auf 18 Millionen gestiegen – ein Zuwachs von über 23%. Das sind die Rahmenbedingungen denen wir uns stellen müssen!

Die SPD Kreistagsfraktion hat daher in der Vergangenheit immer wieder den Anstoß gegeben, dass es für die Zukunftsfähigkeit des Kreiskrankenhauses Wasserlos unerlässlich ist, sich einer Rechtsformänderung zu stellen. Aufgrund der Größe – gemessen an der Bettenzahl – des Kreiskrankenhauses ist es für dessen Überlebensfähigkeit besonders wichtig, eine enge Verzahnung mit dem Klinikum Aschaffenburg zu schaffen.

Nur durch Kooperationen von Kliniken unter Vereinbarung von Spezialisierungen sind Synergie-Effekte und Kostensenkungen zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit möglich.

Daher wurde im Rahmen umfassender Vorgespräche ausführlich mit allen Beteiligten diskutiert. Für die SPD Fraktion steht die Lösung - sowohl für das Klinikum als auch für das Krankenhaus Wasserlos fest: Die schrittweise Entwicklung der Rechtsform zu einer „Ein-GmbH“ und damit zu einem Zusammenschluss beider Häuser. Wir sagen aber klar: hier darf es nur um eine Rechtsformänderung gehen. Beide Häuser müssen in öffentlicher Trägerschaft bleiben und dürfen auf keinen Fall privatisiert werden.

Dieser Zusammenschluss bedeutet sowohl für die Stadt Aschaffenburg als auch für den Landkreis Aschaffenburg eine tragfähige Lösung auf langfristiger Basis. Nur so können wir die Standorte und damit die Arbeitsplätze sichern, die medizinische Versorgung in der Region stärken und vor allem einer Privatisierung den Riegel vorschieben und beide Häuser in kommunaler Hand erhalten.

Für das Krankenhaus Wasserlos fordert die SPD-Kreistagsfraktion, dass es ein Haus der Grund- und Regelversorgung bleibt, dessen Leistungsfähigkeit erhalten bleiben muss. Ein tragfähiges Konzept mit dem Klinikum Aschaffenburg muss daher die Festlegung der Schwerpunkte beider Häuser beinhalten. Im Kreiskrankenhaus Wasserlos müssen mindestens drei Fachabteilungen wie z. B. Chirurgie, Innere Medizin und die Geriatrie erhalten werden. Dies ist eine unerlässliche Grundlage für die Kooperationsverhandlungen. Darüber hinaus sind die Besonderheiten des Kreiskrankenhauses in Bezug auf die erfolgreich geführten Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten zu berücksichtigen. Im Weiteren sind die Arbeitsplatzsicherung der Beschäftigten des Kreiskrankenhauses mit Tarifbindung, die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten und konstruktive Vereinbarungen des medizinischen Leistungsgeschehens sicherzustellen.

Sozialpolitik

Demografischer Wandel und Pflege

Der demografische Wandel macht auch vor dem Landkreis Aschaffenburg nicht halt. Wir müssen jetzt die notwendigen Strukturveränderungen einleiten, damit alle Kreisbürgerinnen und -bürger bis ins hohe Alter zu Hause wohnen bleiben können.

Dazu gehören für uns:

- Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, z.B. durch Bring- und Holdienste organisieren.
- Altersgerechte Möglichkeiten für Mobilität schaffen. Die klassischen Busverbindungen sind für viele Seniorinnen und Senioren problematisch.
- Landkreisweit haushaltsnahe Dienstleistungen und Pflege, die das Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen, unterstützen.
- Das Angebot an betreutem Wohnen für Seniorinnen und Senioren im Zusammenwirken mit unseren karitativen Trägern ausbauen.
- Die Schaffung von seniorengerechten Wohneinrichtungen - barrierefrei aber auch in der Größe für Seniorenwohngemeinschaften. Wir sehen hier eine neue Aufgabe für unsere Kreiswohnbaugesellschaft, z.B. durch den Bau von Wohngemeinschaften „Alt und Jung.“

Der Landkreis lässt gerade die Pflegebedarfsplanung für den Landkreis fortschreiben. Hierbei werden wir darauf achten, dass die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

- Die Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege jederzeit sicherzustellen.
- Genügend Pflegerinnen und Pfleger ausgebildet werden. Dazu ist es absolut notwendig, die Altenpflegeausbildung vom Schulgeld zu befreien.
- Arztpraxen müssen wohnortnah erhalten bleiben. Es darf nicht passieren – wie bereits in Karlstein geschehen – dass die Bürgerinnen und Bürger nach der Schließung von Arztpraxen im eigenen Wohnort keinen Hausarzt mehr finden.

Wohnungsmarkt

Die Region Aschaffenburg profitiert von der Nähe zum Speckgürtel Rhein-Main. Dies hat aber auch zur Folge, dass das Preisniveau für Wohnraum im Vergleich zu klassischen ländlichen Gebieten relativ hoch ist. Wir Sozialdemokraten sehen es angesichts beträchtlicher Mietsteigerungen als Aufgabe des Kreises an, über die bestehende Kreiswohnbaugesellschaft preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung haben ein Recht am öffentlichen Leben mit so wenig Einschränkungen wie möglich teilzuhaben. Daher unterstützen wir:

- Die nachhaltige Umsetzung der Inklusion von Behinderten in allen öffentlichen Veranstaltungen, nicht nur hinsichtlich behindertengerechter Plätze, sondern die Inklusion muss bei Anfahrt und Abfahrt, Materialien sowie weitere Hilfestellungen greifen.
- Öffentlicher Nahverkehr: Landkreisweit müssen neue Busse eingesetzt werden. Die Busunternehmen sollten nur noch für die Neuanschaffung von Bussen mit Niederflersystemen eine Förderung erhalten. Dort ist ausreichend Platz für Gehbehinderte, Mobilitätseingeschränkte, ältere Menschen, Rollstuhlfahrer, Kinderwagen und Rollatoren (in allen öffentlichen Verkehrsmitteln).
- Barrierefreie Bahnübergänge für Kinderwagen, Gehbehinderte, Mobilitätseingeschränkte, ältere Menschen, Rollator und Rollstuhlfahrer, Blinde und Sehbehinderte.
- Barrierefreie Bushaltestellen, geeignet für Rollator- und Rollstuhlfahrer ebenso wie für Blinde und Sehbehinderte (siehe hierzu unsere Ausführungen zum ÖPNV).
- Barrierefreie Bahnhöfe/Bahnsteige im Landkreis. Rollstuhlfahrer haben z.B. ab Kahl/Dettingen, Mainaschaff und Kleinostheim keine Chance mit der Bahn zu fahren.
- Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser.
- Weitere Vergünstigungen für inkontinente Personen. Dieser Personenkreis hat doppelt Ausgaben. Zum einen die Windeln und dann noch die Kosten aufgrund der Müllverwertung im Landkreis. Hier werden wir uns für eine verbesserte finanzielle Unterstützung dieser Personen einsetzen.

Jugendpolitik

Im gleichen Maße wie der Landkreis gute und lebenswerte Rahmenbedingungen für Menschen im hohen Alter schaffen muss, muss er auch für junge Menschen eine attraktive Region bleiben. Daher legen wir ein besonderes Augenmerk auf Projekte, die Jugendliche und junge Menschen unterstützen.

- Der Landkreis hat mit dem Kreisjugendring einen starken Partner an seiner Seite. Die ehrenamtliche Arbeit die hier geleistet wird ist großartig und unersetzbar. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass der Kreisjugendring eine volle Stelle für die Position des/der Geschäftsführers/in erhält um diese ehrenamtliche Arbeit noch besser zu unterstützen.

- Die zahlreichen Verbände und Vereine sind das Herzstück der Jugendarbeit im Landkreis Aschaffenburg und für viele junge Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens. Dieses Engagement werden wir weiter unterstützen und dabei insbesondere mehr Geld für Freizeiten und Bildungsangebote bereitstellen. Auch werden wir durch kompetente Beratung die Verbände und Vereine bei pädagogischen Fragen unterstützen.
- Auch außerhalb von organisierten Verbänden und Vereinen werden wir für Jugendliche und junge Menschen attraktive Angebote schaffen. Dazu werden wir erstmals Streetworker einstellen, die diese Arbeit begleiten und unterstützen werden.
- Für Jugendliche mit Gewalt- oder Suchterfahrungen werden wir betreute Wohngruppen im Landkreis schaffen, um diese jungen Menschen auf ihrem Lebensweg positiv zu begleiten.

Asylpolitik

Wir sprechen uns entschieden für eine menschenwürdige Unterbringung der oft unter Einsatz ihres Lebens geflüchteten Asylbewerberinnen und –bewerber in unserer Region aus. Insbesondere treten wir dafür ein, dass die Unterbringung der Menschen, die aus ihren Heimatländern vor Tod, Folter oder anderen das Leben gefährdenden Umständen Zuflucht bei uns suchen, in einer menschenwürdigen Wohnsituation erfolgt. Massenunterkünfte lehnen wir ab, weil die beengten Wohnraumbedingungen der Zufluchtsuchenden Konfliktsituationen sowohl innerhalb der Flüchtlingsheime als auch mit den in unseren Landkreisgemeinden lebenden Menschen erzeugen können. Wir fordern den Landkreis daher auf diesbezüglich seinen politischen Einfluss bei der Regierung von Unterfranken geltend zu machen. Desweiteren werden wir uns dafür einsetzen wo immer möglich praktische Verbesserungen für die Asylbewerberinnen und –bewerber in unserem Landkreis zu erreichen.

Ausländerbeirat

Der Ausländerbeirat leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration in unserer Region. Daher werden wir seine Arbeit weiter unterstützen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Bekanntmachungen und die Zuständigkeiten des Ausländerbeirates öfters in den Amtsmitteilungen zu veröffentlichen und in den Rathäusern kenntlich auszuhängen (mit Telefonnummer und Ansprechpartner). Ebenso wollen wir Sprechstunden vor Ort ermöglichen, um den Menschen Gelegenheit zu geben persönliches Anliegen vorzubringen.